

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche  
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:  
[www.hamburg.de/wochendienst](http://www.hamburg.de/wochendienst)

Nr. 6

vom 10. Februar 2012  
Redaktion: Katja Richardt

## Bund

892. Sitzung des Bundesrates ..... 2

## Arbeit, Soziales, Familie und Integration

14. Einbürgerungsfeier im Hamburger Rathaus ..... 6

Erfolgreiche Zwischenbilanz zum Winternotprogramm ..... 7

Tageseltern können weiterhin Schulkinder betreuen ..... 9

## Gesundheit und Verbraucherschutz

Mehr ehrenamtliche Betreuungsangebote für Pflegebedürftige in den eigenen vier Wänden ..... 11

## Schule, Jugend und Berufsbildung

Programm „Kulturschule Hamburg 2011-2014“: ..... 13

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund: jetzt um START-Stipendium bewerben! ..... 15

Neue regelmäßige Kompetenzmessungen an Schulen ..... 18

Anmelderunde: Neue Stadtteilschulen gut gestartet Anteile von Gymnasien und Stadtteilschulen stabil 20

## Stadtentwicklung und Umwelt

Elbphilharmonie: Konstruktion des Saaldaches ist standsicher ..... 23

ReGe begrüßt Entscheidung der BSU ..... 24

Offizielle Eröffnung der Umwelthauptstadt 2012 in Spanien ..... 25

„Sturmflutschutz in Hamburg – gestern – heute – morgen“ ..... 26

## Zur Information

Warnung vor betrügerischen E-Mails ..... 27

Terminkalender ..... 29

09.02.2012/br09

## **An der 892. Sitzung des Bundesrates nehmen Erster Bürgermeister Olaf Scholz, Senator Dr. Peter Tschentscher, Senatorin Jana Schiedek und Staatsrat Wolfgang Schmidt teil.**

Die Tagesordnung umfasst 92 Punkte.

### **Bundesrat berät Gesetzesentwurf zum Abbau der „Kalten Progression“**

Der Bundesrat beschäftigt sich mit dem von der Bundesregierung im Dezember 2011 vorgelegten Gesetzesentwurf zum Abbau der „kalten Progression“. „Kalte Progression“ ist die Bezeichnung für eine Steuermehrbelastung, die dann eintritt, wenn Lohnsteigerungen lediglich einen Inflationsausgleich bewirken und der Einkommensteuertarif nicht der Inflationsrate angepasst wird. Ziel des Gesetzesentwurfs ist, in den Jahren 2013 und 2014 die „kalte Progression“ abzumildern. Hierzu soll der einkommensteuerliche Grundfreibetrag in den beiden Jahren um 350 Euro bzw. 4,4% auf 8.354 Euro angehoben werden. Auch die Steigung des Tarifverlaufs bis 2014 und die Anpassung um 4,4% sieht der Gesetzesentwurf vor, damit insbesondere der Eingangssteuersatz von 14% unverändert bleiben kann. Der geplante Abbau der „kalten Progression“ führt zu Steuermindereinnahmen von insgesamt 6 Milliarden Euro pro Jahr. In einem von Hamburg unterstützten Antrag im Bundesrat wird der Gesetzesentwurf abgelehnt, da die geplanten Steuermindereinnahmen die öffentlichen Haushalte in Deutschland weiterhin stark belasten würden. Sie werden auch im Hinblick auf die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse als unverantwortlich erachtet. Eine künftige verfassungsrechtlich notwendige Anpassung des Grundfreibetrags soll, zur Vermeidung weiterer Belastungen der öffentlichen Haushalte, insbesondere durch eine angemessene Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer gegenfinanziert werden.

### **Höherer Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer**

Der Bundesrat diskutiert auf Grundlage eines u.a. auch von Hamburg eingebrachten Entschließungsantrags über eine mögliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer. Der Antrag spricht sich insbesondere dafür aus, den Spitzensteuersatz von 42%, derzeit ab einem zu versteuernden Einkommen von 52.882 Euro, auf 49% ab einem zu versteuernden Einkommen von 100.000 Euro zu erhöhen (jeweils für Alleinstehende). In dem Antrag werden zwei zentrale Gründe genannt, die eine Erhöhung rechtfertigten. Zum Einen sei angesichts der schwierigen Lage der öffentlichen Haushalte ein höherer Beitrag von Spitzenverdienern zur Finanzierung des Gemeinwesens wünschenswert. Zum Anderen sei die Anhebung des Spitzensteuersatzes zwingend geboten, um durch höhere Einnahmen die Neuverschuldung abzubauen. Die Entschließung wird den Ausschüssen des Bundesrats zur weiteren Beratung zugewiesen.

### **Außergerichtliche Konfliktbeilegung**

Mit dem Gesetz zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung werden Regelungen für die Mediation außerhalb der Gerichte getroffen. Das Gesetz sieht – statt der bisherigen gerichtlichen Mediation durch einen Richter als Mediator - den

„zertifizierten Mediator“ vor. Durch eine neu zu schaffende Rechtsverordnung können die Anforderungen an die Aus- und Fortbildung des „zertifizierten Mediators“ festgesetzt werden. Hamburg unterstützt neben einigen anderen Ländern die Anrufung des Vermittlungsausschusses, um auch die Möglichkeit der Einsetzung von Richtern als Mediatoren, die sich aus Sicht der Landesregierungen bewährt hat, beizubehalten. Im Unterschied zu den im Gesetz allein vorgesehenen „zertifizierten Mediatoren“ sind die „Güterichter“ auch befugt, Rechtsempfehlungen zu geben.

### **Verbraucher richtig informieren – Länder fordern Verbesserungen**

Hamburg unterstützt die Anrufung des Vermittlungsausschusses zum Verbraucherinformationsgesetz. So sollen die aktiven Informationspflichten der Behörden (z.B. bei Überschreitung von gesetzlich normierten Höchstgehalten) ergänzt werden, um auch kosmetische Mittel und Bedarfsgegenstände zu erfassen. Außerdem sollen unnötige und zeitraubende Doppeluntersuchungen zur Feststellung von Grenzwertüberschreitungen entfallen. Insgesamt werden die Informationsrechte der Bürger mit der Überarbeitung des bereits 2008 eingeführten Gesetzes gestärkt: Neben den bisher erfassten Lebens- und Futtermitteln fallen auch Verbraucherprodukte wie Elektroartikel in den Anwendungsbereich. Nicht zuletzt als Konsequenz aus der Dioxinproblematik zum Jahreswechsel 2010/2011 sind Behörden häufiger verpflichtet, besonders gravierende Verstöße zu veröffentlichen. Außerdem haben es die Verbraucher künftig leichter, sich an die Behörden zu wenden: So sind keine umfangreichen Formulare zur Antragstellung erforderlich – Anruf oder E-Mail genügen – und die allermeisten Anfragen für den Bürger sind kostenfrei.

### **Hamburg fordert Einführung eines flächendeckenden Mindestlohn**

Hamburg hat gemeinsam mit Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz einen Antrag in den Bundesrat eingebracht, der die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns fordert. Damit soll eine Untergrenze festgesetzt werden, unterhalb derer keine Löhne und Gehälter vereinbart werden dürfen. Eine unabhängige Kommission soll jährlich die Höhe des Mindestlohns vorschlagen. Die Vergütung für eine Arbeitsstunde soll durch Rechtsverordnung festgesetzt werden und nicht unter 8,50 Euro (brutto) liegen. Ohne einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn wird sich der Niedriglohnsektor weiter ausweiten mit der Folge, dass immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrer Arbeit leben können und auch in Zukunft eine hohe Zahl an Menschen auf ergänzende Sozialleistungen nach dem Sozialgesetzbuch angewiesen ist.

### **Bundesrat entscheidet über Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz**

Der Bundesrat berät über das Zweite Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpaketes zur Finanzmarktstabilisierung. Ziel des Gesetzes ist, das Vertrauen der Marktteilnehmer und Bürger in die Stabilität des Bank- und Finanzsystems zu wahren und die Finanzmarktstabilität zu sichern. Die Ende 2010 ausgelaufenen Instrumente des Finanzmarktstabilisierungsfonds („SoFFin“) sollen erneut vollständig genutzt werden können. Dies bedeutet, dass Garantien zur Refinanzierung bis zu einer Höhe von 400 Milliarden Euro bereitgestellt werden können und Kreditermächtigungen bis zu 80 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Zudem ist im Gesetz vorgesehen, dass die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht im Rahmen eines auf EU-Ebene abgestimmten Vorgehens für einzelne Institute höhere Eigenmittelforderungen festsetzen kann, um eine drohende Störung der Funktionsfähigkeit des Finanzmarkts abzuwenden. Die bis Ende 2012 befristeten Regelungen sind so ausgestaltet, dass Kosten für die öffentlichen Haushalte möglichst vermieden werden. Hamburg unterstützt eine Entschließung, die sich gegen die weitere Mithaftung der Länder für Garantien und

Rekapitalisierungsmaßnahmen wendet. Es gibt erhebliche verfassungsrechtliche Zweifel, ob die im Gesetz vorgesehene Mischfinanzierung von Bund und Ländern im Rahmen der Lastenverteilung des Fonds mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

### **Nationales Waffenregistergesetz – Fachliche Leitstelle in Hamburg**

Nach der EU-Waffen-Richtlinie haben alle Mitgliedstaaten dafür Sorge zu tragen, dass spätestens zum 31.12.2014 ein computergestütztes Waffenregister zur Erfassung der legalen Schusswaffen eingeführt wird. Der Gesetzesentwurf zur Errichtung eines Nationalen Waffenregisters enthält Regelungen, welche Daten gespeichert und an welche Behörden diese Daten, unter welchen Voraussetzungen und auf welche Weise übermittelt werden dürfen. Dadurch werden die lokalen Waffenregister der Behörden vor Ort, z. B. WANDA (WaffenNachweisDatei) in Hamburg, nicht überflüssig. Das Verfahren ist vielmehr so ausgestaltet, dass die Waffenbehörden vor Ort weiterhin für die Daten verantwortlich sind. Sie übermitteln lediglich eine Teilmenge der Daten an das neue Waffenregister. Bei der Hamburger Behörde für Inneres und Sport wird zunächst für zwei Jahre (bis 31.12.2013) eine Leitstelle eingerichtet, die die Nutzer des neuen Waffenregisters, insbesondere die Waffenbehörden und die Polizei, bei inhaltlichen Fragen unterstützen wird. Errichtung und Betrieb der Leitstelle waren auf der Konferenz der Innenminister vereinbart worden. Hamburg hat sich auch dafür eingesetzt, dass die Fachliche Leitstelle auf Anfrage Daten aus dem neu zu schaffenden Register erhält.

### **Mit der „Blauen Karte EU“ Hochqualifizierte gewinnen**

Der Gesetzesentwurf zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der EU (auch Blue-Card-Richtlinie) soll bestimmte Rahmenbedingungen für die Zuwanderung von (nicht nur hoch-)qualifizierten Fachkräften verbessern. Die EU hat bereits ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet, da die Richtlinie bis Juni 2011 in deutsches Recht hätte umgesetzt werden müssen. Im Einzelnen soll die „Blaue Karte EU“ als neuer Aufenthaltstitel für Ausländer mit akademischem oder diesem gleichwertigen Qualifikationsniveau und einem bestimmten Mindestgehalt eingeführt werden. Ausländern, die eine qualifizierte Ausbildung (nicht akademisch) erfolgreich abschließen, wird generell die Möglichkeit zur Weiterbeschäftigung in ihrer Ausbildung entsprechenden Beschäftigungen eröffnet. Zudem wird die Gehaltsschwelle auf 48.000 Euro abgesenkt. Hamburg setzt sich dafür ein, dass Ausländer, die sich zum Zwecke einer qualifizierten Ausbildung in Deutschland aufhalten, einen Aufenthaltstitel zur Arbeitsplatzsuche erhalten können und dass der für die Arbeitsplatzsuche eingeräumte Zeitraum von 12 auf 18 Monate verlängert wird. Ausländische Hochschulabsolventen, deren Studienabschluss in Deutschland nicht als einschlägig bewertet ist, soll zudem die Möglichkeit eröffnet werden, im Einzelfall dennoch einen Arbeitsplatz erhalten zu können, der einen Hochschulabschluss voraussetzt. Das Gesetz soll voraussichtlich im Sommer 2012 in Kraft treten.

### **Bundesrat berät Vorschläge der Europäischen Kommission zu Ratingagenturen**

Mit ihrem Vorschlag für eine Verordnung über Ratingagenturen zielt die EU-Kommission vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise auf eine Verschärfung der Vorschriften für Ratingagenturen. Insbesondere sieht der Vorschlag vor, die Abhängigkeit der Finanzmärkte von Ratings zu reduzieren, die Qualität und Transparenz von Länderratings zu verbessern und den Wettbewerb zu fördern. Zudem soll sich die Kreditwürdigkeit von Unternehmen nicht mehr automatisch auf Ratings stützen. Die zuständigen Aufsichtsbehörden sollen die Ratingverfahren überprüfen und ggf. angemessene Verfahren einrichten. Mit Unterstützung

Hamburgs wird eine Stellungnahme eingebracht, mit der die Europäische Kommission aufgefordert wird, festzustellende Schwächen im Ratingwesen zu überarbeiten. Angesichts der Konzentration auf die drei US-Ratingagenturen Standard & Poors, Moodys und Fitch besteht nach Einschätzung des Bundesrats die dringende Notwendigkeit, den Wettbewerb am Ratingmarkt nachhaltig zu beleben. Die vorgesehenen Regelungen zum regelmäßigen Agenturwechsel und zur Stärkung der Transparenz und Vergleichbarkeit sind dabei erste wichtige Schritte.

### **Flughafenpaket der EU im Bundesrat**

Das sogenannte Flughafenpaket der EU umfasst mehrere Vorlagen zum Themenbereich Flughäfen. Ein Teil des Paketes ist die weitere Liberalisierung der Bodenabfertigungsdienste auf Flughäfen. Die EU will hier vorschreiben, dass es eine größere Mindestzahl an Abfertigungsunternehmen geben muss. Hamburg lehnt wie mehrere andere Bundesländer diesen Regelungsvorschlag ab, da die Gefahr gesehen wird, dass dies zu Lasten der Belegschaften gehen wird. Durch den dadurch hervorgerufenen Preisdruck werden auch erhebliche Risiken für den Betrieb gesehen. Eine weitere EU-Vorlage sieht die Einführung des Zeitnischenhandels an Flughäfen vor. Fluggesellschaften erhalten Zeitnischen zugewiesen, in denen sie starten und landen dürfen, sogenannte Slots. Absicht der EU ist die Steigerung der Effektivität der Flughäfen. Dem Bundesrat wird über eine Stellungnahme entscheiden, die auf die Risiken bei der Einführung des „Slohandels“ hinweist, da sich einzelne Fluggesellschaften eine Monopolstellung erkaufen oder es zur Spekulation mit diesen Rechten kommen könnte.

#### **Für Rückfragen:**

**Sabine Spitzer**

**Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund**

**Tel. 0 30 – 2 06 46-109**

**[www.hamburg.de/landesvertretung](http://www.hamburg.de/landesvertretung)**

6. Februar 2012/pr6

## Bürgermeister Olaf Scholz: Hamburg freut sich über seine Neubürgerinnen und Neubürger

### 14. Einbürgerungsfeier im Hamburger Rathaus

Auf der vierzehnten Einbürgerungsfeier hat Hamburgs Erster Bürgermeister **Olaf Scholz** am heutigen Montagnachmittag die neuen Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt mit ihren Angehörigen im Festsaal des Hamburger Rathauses begrüßt. Stellvertretend für alle 1.395 Personen, die vom 1. August bis zum 31. Oktober 2011 in Hamburg die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben, überreichte Bürgermeister Olaf Scholz die Einbürgerungsurkunden in einem feierlichen Akt an einige Neubürgerinnen und Neubürger. Die Urkundenträger stammen u.a. aus Frankreich, Polen, Russland, Spanien und Thailand. Am häufigsten haben – wie in der Vergangenheit – ehemalige Bürgerinnen und Bürger aus den Ländern Türkei, Afghanistan und Iran die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen.

Rund 550 Neubürgerinnen und Neubürger und deren Angehörige sind der Einladung des Senats gefolgt und ins Rathaus gekommen, um gemeinsam mit der Vize-Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, **Barbara Duden**, Sozialsenator **Detlef Scheele** und weiteren Vertretern der Hamburgischen Bürgerschaft, der Bezirke und der Hamburger Verwaltung ihre Einbürgerung zu feiern. Hamburgs Erster Bürgermeister **Olaf Scholz** betonte in seiner Rede: „Das Thema Integration hat für den Hamburger Senat höchste Priorität. Nur wenn es uns gelingt, die Teilhabe aller Hamburgerinnen und Hamburger zu verbessern, hat unsere Stadt die Chance, ihr Potenzial voll auszuschöpfen. Kurz: Hamburg freut sich über seine Neubürgerinnen und Neubürger und hat gute Gründe, die Einbürgerung zu erleichtern und zu fördern. Denn wir brauchen Sie!“ Im Anschluss an die Rede des Ersten Bürgermeisters moderierte **Kathrin Erdmann**, freie Journalistin, NDR, ein Gespräch mit vier Urkundenträgern über deren Motivation für die Einbürgerung.

Musikalisch wurde die Feier vom Unterstufenchor der Stadtteilschulen Süderelbe und Fischbek-Falkenberg unter Chorleiter **Peter Schuldt** vom Projekt „Young ClassX“ begleitet. Der Chor sang „Baum des Lebens“ sowie die Hamburg Hymne „Hammonia“ und unterstützte die Gäste zum Abschluss beim gemeinsamen Singen der deutschen Nationalhymne.

Auf Einladung des Senats finden seit Herbst 2006 in regelmäßigen Abständen Einbürgerungsfeiern statt, um die Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit in einem festlichen Rahmen zu würdigen. Die nächste Einbürgerungsfeier findet voraussichtlich im Mai 2012 statt.

Weitere Informationen finden Sie unter: [www.einbuengerung.hamburg.de](http://www.einbuengerung.hamburg.de) und [www.hamburg.de/eza](http://www.hamburg.de/eza)

#### Rückfragen:

Pressestelle des Senats, Dr. Alexander von Vogel

Telefon: (040) 4 28 31-2183

E-Mail: [alexander.vonvogel@sk.hamburg.de](mailto:alexander.vonvogel@sk.hamburg.de)

8. Februar 2012/basfi08

## Erfolgreiche Zwischenbilanz zum Winternotprogramm

### Senat bietet Obdachlosen ausreichend viele Schlaf- und Aufenthaltsplätze an

Das Winternotprogramm der Freien und Hansestadt Hamburg bietet Obdachlosen umfassenden Schutz vor der Kälte. Über 350 zusätzliche Schlafplätze bietet der Senat den Obdachlosen in diesem Winter an, das sind über 70 Plätze mehr als im vergangenen Jahr. Gleichzeitig hat die Sozialbehörde auf den Bunker am Hachmannplatz verzichtet. Bei Bedarf kann die Behörde kurzfristig weitere Plätze anbieten. Hinzu kommen zahlreiche Tagestreffpunkte, in denen sich Obdachlose tagsüber aufwärmen können. Für Obdachlose mit Rechtsanspruch können die Notunterkünfte des Winternotprogramms ein erster Schritt in eine von insgesamt 8500 dauerhaften öffentlich-rechtlichen Unterkünften in Hamburg sein, in denen man sich auch tagsüber aufhalten kann.

„Niemand muss auf der Straße bleiben“, betont **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Auch tagsüber gibt es in Hamburg genügend Treffpunkte, in denen sich Obdachlose aufwärmen und lebenspraktische Hilfen bekommen können. Ich wünsche mir sehr, dass die Obdachlosen diese Angebote wahrnehmen.“

In Hamburg gibt es zahlreiche Tagestreffpunkte, in denen sich Obdachlose aufhalten können. Dort bekommen sie auch praktische Lebenshilfen wie warme Mahlzeiten, Kleidung, Gelegenheit zum Duschen und Waschen von Wäsche, Einrichten von Postadressen, ärztliche Versorgung, soziale Beratung und Weitervermittlung an andere Einrichtungen des Hilfesystems.

Hier eine Auswahl an Tagestreffpunkten für Obdachlose in Hamburg:

- Kemenate – Tagestreff für wohnungslose Frauen, Charlottenstraße 30, 20257 Hamburg
- Tagesstätte Herz As, Norderstraße 50, 20097 Hamburg
- Tagesaufenthaltsstätte Bundesstraße, Bundesstraße 101, 20144 Hamburg
- Stützpunkt für obdachlose Menschen (mit Rechtsansprüchen), Klosterwall 4, 20095 Hamburg
- Park-In Treffpunkt Billstedt für Obdachlose, Oststeinbeker Weg 2h, 22117 Hamburg
- Obdachlosen-Tagesstätte Mahlzeit, Billrothstr. 79, 22767 Hamburg
- CaFée mit Herz, Seewartenstr. 10, 20459 Hamburg
- Tagesstätte der Heilsarmee, Talstr. 11, 20359 Hamburg
- Die Mission – Künstlerische Maßnahmen gegen Kälte e.V., Neustädter Str. 31b, 20355 Hamburg
- Haus Bethlehem, Budapester Str. 23, 20359 Hamburg
- Ali-Maus, Nobistor 42, 22767 Hamburg

Weitere Treffpunkte in den einzelnen Bezirken finden Sie in der Broschüre „Das soziale Hilfesystem für wohnungslose Menschen“ auf unserer Homepage unter [www.hamburg.de/obdachlosigkeit](http://www.hamburg.de/obdachlosigkeit)

In diesem Winter konnten aus der Spaldingstraße bisher bereits rund 40 Obdachlose in dauerhafte Wohnunterkünfte vermittelt werden. Über 50 osteuropäische Obdachlose sind auf eigenen Wunsch nach einer entsprechenden Beratung in ihr jeweiliges Heimatland zurückgekehrt.

### **Für Rückfragen der Medien**

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration  
Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg |  
Pressestelle | Nicole Serocka  
T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |  
[pressestelle@basfi.hamburg.de](mailto:pressestelle@basfi.hamburg.de) | [www.hamburg.de/basfi](http://www.hamburg.de/basfi)



8. Februar 2012/basfi08a

## Tageseltern können weiterhin Schulkinder betreuen Kindertagespflege wird trotz Ganztagschulen ab 2013 weiter finanziert

Familienbehörde und Schulbehörde haben entschieden, dass Schulkinder bis zum 14. Lebensjahr auch weiterhin täglich bereits ab 13 Uhr in der Kindertagespflege betreut werden können. Die Eltern der betreuten Kinder können somit künftig – wie bisher – eine finanzielle Förderung für diese Betreuungsart erhalten. Die geplante Einführung der ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen (GBS) hatte bei Eltern und vielen Tageseltern die Sorge ausgelöst, dass ab August 2013 alle Schulkinder, deren Eltern ihr Kind nach der Schule betreuen wollen, die neuen Ganztagschulen nutzen sollen und somit eine finanzielle Förderung der Betreuung von Schulkindern in Kindertagespflege deshalb nicht mehr vorgesehen sei. Das ist jedoch nicht der Fall.

„Tagesmütter und Tagesväter leisten eine sehr verantwortungsvolle Arbeit“, sagt **Familien senator Detlef Scheele**. „Es ist wichtig, dass dieses flexible Betreuungsangebot erhalten bleibt. Ich bin sicher, dass diese Entscheidung bei allen Beteiligten – den Kindern, Eltern und Tagespflegepersonen – auf sehr positive Resonanz stoßen wird.“

### Hintergrundinformationen

In Hamburg werden etwa 1.380 Kinder nach der Schule von Tagesmüttern und Tagesvätern betreut. Eltern, die eine flexible Tagesbetreuung für ihr Kind benötigen, wählen häufig die Form der Kindertagespflege, die deshalb auch in den Abendstunden und am Wochenende stattfinden kann. Auch aus pädagogischen Gründen entscheiden sich manche Eltern für die Kindertagespflege, da diese Form der Betreuung im Vergleich zum Hort oder der GBS einen überschaubaren Rahmen in einer Kleingruppe bietet.

Unter Kindertagespflege wird die durch Tagesmütter und -väter geleistete Kindertagesbetreuung verstanden. Sie hat ihren Schwerpunkt im Bereich der unter dreijährigen Kinder; dennoch ist dieses Betreuungsangebot auch bei Eltern älterer Kinder, bis zum vollendeten 14. Lebensjahr, beliebt. Bei der Kindertagespflege handelt es sich um eine familienähnliche Betreuung mit einer hohen Beziehungskontinuität, bei der eine feste Bezugsperson (Tagesmutter oder -vater) besonders intensiv auf die Bedürfnisse des Kindes und der Eltern eingehen kann.

Kindertagespflege findet häufig im Haushalt der Tagespflegeperson oder dem der Eltern statt, vermehrt jedoch auch in externen, eigens angemieteten Räumen. Zunehmend wird die Kindertagespflege im Sinne einer Erwerbstätigkeit ausgeübt, dies ist insbesondere bei den Großtagespflegestellen (Zusammenschlüssen von Tagespflegepersonen) der Fall. Zuständig für die Beratung, Qualifizierung, Überprüfung und Vermittlung von Tagespflegepersonen sind in Hamburg die Tagespflegebörsen der bezirklichen Jugendämter.

Nähere Informationen zum Thema Kindertagespflege finden Sie im Internet unter dem Link: [www.hamburg.de/kindertagespflege](http://www.hamburg.de/kindertagespflege)

## **Für Rückfragen der Medien**

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg |

Pressestelle | Nicole Serocka

T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |

[pressestelle@basfi.hamburg.de](mailto:pressestelle@basfi.hamburg.de) | [www.hamburg.de/basfi](http://www.hamburg.de/basfi)

8. Februar 2012/bgv08

## **Mehr ehrenamtliche Betreuungsangebote für Pflegebedürftige in den eigenen vier Wänden**

### **Gesundheitsbehörde und Pflegekassen stocken finanzielle Förderung auf**

Die Pflege in den eigenen vier Wänden stellt sowohl Betroffene als auch deren Angehörige vor Herausforderungen. Nicht immer ist es einfach, die notwendige Zeit aufzubringen oder menschliche Unterstützung zu finden. Ehrenamtlich getragene Angebote können in beiden Fällen einen wichtigen Beitrag leisten und sollen in Hamburg deshalb stärker gefördert werden. Für den Ausbau und die Weiterentwicklung wird ab sofort jährlich insgesamt eine Million Euro gemeinsam von der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) sowie durch die sozialen und privaten Pflegekassen zur Verfügung gestellt.

„Unser Ziel ist, dass alle Pflegebedürftigen und deren Angehörige die Chance haben, ein ehrenamtliches Betreuungsangebot in Anspruch zu nehmen, wenn sie es sich wünschen“, so Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks. „Ich freue mich, dass wir dafür künftig doppelt so viele Fördermittel bereit stellen können und hoffe, dass sich noch mehr Bürgerinnen und Bürger als bisher in diesem Bereich freiwillig engagieren.“

"Der Bedarf an häuslichen Betreuungsangeboten wird angesichts einer zunehmenden Zahl von Pflegebedürftigen deutlich ansteigen. Deshalb sind die bereitgestellten Mittel eine wichtige Unterstützung für den Ausbau der ambulanten Versorgungsinfrastruktur", sagt Kathrin Herbst, Leiterin der Hamburger Landesvertretung des Verbands der Ersatzkassen e.V. (vdek).

Nach neuen Fördergrundsätzen können Träger ab sofort finanzielle Unterstützung beantragen für

- **Helferkreise, die Menschen in der eigenen Häuslichkeit betreuen,**
- **Betreuungsgruppen,**
- **Schulungsangebote für bürgerschaftlich Engagierte,**
- **Selbsthilfegruppen zum Thema Pflege und für**
- **weitere Gruppen bürgerschaftlich Engagierter, z.B. Begleiterinnen und Begleitern von Wohngemeinschaften.**

Durch die Grundsätze werden Freiwillige und Selbsthilfegruppen gefördert, die sich für Pflegebedürftige engagieren, ohne dass diese Betreuungsangebote in Konkurrenz zu professionellen Pflegeleistungen stehen. Die Einzelheiten zur den Förderbedingungen und zur Antragstellung sowie weitere Informationen zur Pflege können im Internet unter <http://www.hamburg.de/pflege/> abgerufen werden. Bereits bestehende ehrenamtliche Angebote sind z.B. unter [www.angehoerigenhilfe.de](http://www.angehoerigenhilfe.de) zu finden. Auch Menschen, die sich in diesem Bereich engagieren möchten, können sich an die dort aufgeführten Träger wenden.

**Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz  
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332  
E-Mail: [pressestelle@bgv.hamburg.de](mailto:pressestelle@bgv.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/bgv](http://www.hamburg.de/bgv)

9. Februar 2012/bsb09

## Programm „Kulturschule Hamburg 2011-2014“: Neuer Internetauftritt der Hamburger Kulturschulen

Hamburger Kulturschulen wollen sich in der Öffentlichkeit präsentieren – das gehört zum Programm. Seit kurzem tun sie dies auch online. [www.kulturschule.hamburg.de](http://www.kulturschule.hamburg.de) heißt die Website, die den Kulturschulen ein Forum bietet, ihre Entwicklungsideen und ihr kulturelles Profil darzustellen. Die übersichtliche und benutzerfreundliche Plattform bietet Informationen zur Konzeption, zur Ausschreibung, zu den Zielen, zu den Bausteinen des Programms „Kulturschule Hamburg 2011-2014“.

Der Internetauftritt ist der Anfang einer breiten Kommunikation über Kultur und Schule, über Entwicklungen und Erkenntnisse und darüber, wie Kulturschulentwicklung in Hamburg gestaltet wird. Die Vorreiter dieser Bewegung, die Pilotschulen Kultur, präsentieren auf ihrer Unterseite einen Teil ihrer Ergebnisse oder Erlebnisse, die neuen Kulturschulen schreiben über ihre Pläne und Ideen - Erfahrungswissen trifft so auf neue Konzepte.

Zum Zielpublikum der Seite gehören insbesondere Personen und Institutionen, die sich für die Schul- und Unterrichtsentwicklungsfragen allgemein oder für die teilnehmenden Schulen und deren Werdegang interessieren. Selbstverständlich lädt der Schulsteckbrief auch potentielle Kooperationspartner ein, sich einen ersten Eindruck über die Kulturschulen zu verschaffen. Die Zusammenarbeit mit Künstlern, Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen dient dem Ziel, in einem gemeinsamen Prozess Ideen für mehr Kreativität, Kunst und Kultur für die Schülerinnen und Schuler zu entwickeln. Die Website kann hier die Wege ebnen und Kontakte herstellen. Aber natürlich trifft sich die „Community“ nicht nur im Netz: Unter dem Stichwort „KulturEntdecken“ initiiert die Gabriele Fink Stiftung in einem kleineren Rahmen ganz reale Begegnungen: Lehrer und Künstler, Kreative und Theaterpädagogen treffen sich an kulturell interessanten Orten, lernen sich kennen und tauschen sich aus.

Die Site [www.kulturschule.hamburg.de](http://www.kulturschule.hamburg.de) ist als Internetplattform für das Programm Kulturschule Hamburg 2011-2014“ entstanden, das seit September 2011 neu an acht Schulen gestartet ist. Das Kooperationsprojekt, das in Zusammenarbeit mit der **Gabriele Fink Stiftung** und der **Kulturbehörde** gestaltet wird, fördert die neuen Kulturschulen auf vielfältige Weise: durch Beratung und Begleitung,

durch Geld, aber auch durch Netzwerkarbeit und Fortbildung. Die Schulen werden seit Beginn dieses Schuljahres zunächst bis 2014 gefördert. Eine längerfristige Förderung bis 2018 ist vorgesehen.

**Für Rückfragen der Medien:**

<p><b>Behörde für Schule und Berufsbildung</b>  Ruth Schütte, Leitung  Kulturprojekte  Tel: (040) 428 842 636  E-Mail:  <a href="mailto:ruth.schuette@bsb.hamburg.de">ruth.schuette@bsb.hamburg.de</a>    Internet: <a href="http://www.hamburg.de/bsb">www.hamburg.de/bsb</a></p>	<p><b>Gabriele Fink Stiftung</b>  Jürgen Beißner,  Öffentlichkeitsarbeit  Tel: (040) 350 19971  E-Mail:  <a href="mailto:info@gabrielefinkstiftung.de">info@gabrielefinkstiftung.de</a>  Internet:  <a href="http://www.gabrielefinkstiftung.de">www.gabrielefinkstiftung.de</a></p>	<p><b>Kulturbehörde</b>  Enno Isermann, Pressesprecher  Tel:(040) 428 24 207  E-Mail:  <a href="mailto:enno.isermann@kb.hamburg.de">enno.isermann@kb.hamburg.de</a>  Internet:  <a href="http://www.hamburg.de/kulturbehoerde">www.hamburg.de/kulturbehoerde</a></p>
--	--	--

9. Februar 2012/bsb09a

## **Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund: jetzt um START-Stipendium bewerben!**

Zum achten Mal vergibt die START-Stiftung – ein Projekt der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung – gemeinsam mit der Schulbehörde und weiteren Partnern in Hamburg Stipendien an engagierte und leistungsstarke Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. START unterstützt die Jugendlichen auf dem Weg zum Abitur und stärkt ihre Bildungschancen. Für die Teilnahme sind neben dem familiären Migrationshintergrund gesellschaftliches Engagement und gute Schulnoten nötig. Das Stipendium richtet sich ausdrücklich an Schülerinnen und Schüler aller Schulformen. Die Bewerber sollten die Klassenstufen 9 oder 10 (bei 13-jähriger Schulzeit) bzw. 8 oder 9 (bei 12-jähriger Schulzeit) besuchen.

**In Hamburg ermöglichen fünf Partner die finanzielle und ideelle Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Kurzbewerbungen können ab sofort bis zum 1. März 2012 im Internet abgegeben werden**

START in Hamburg ist ein Gemeinschaftsprojekt der START-Stiftung, dem Initiator des Programms, und folgenden Partnern: Dürr-Stiftung Hamburg, Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Schule und Berufsbildung, The Gingko Foundation und Jürgen Sengpiel Stiftung.

**Ties Rabe, Senator für Schule und Berufsbildung, erklärt: „Schülerinnen und Schüler, die mehrere Kulturen in sich vereinen und in mehr als einer Sprache „zu Hause“ sind, verfügen über besondere Kompetenzen, da sie Mittler zwischen verschiedenen „Welten“ sind und so auf besondere Art und Weise wirken können. Sie können Vorbilder sein, von denen eine Gesellschaft insgesamt profitiert, auch diejenigen, die einen solchen Zugang zu anderen Perspektiven nicht haben (können). Wenn diese Schüler mit einem START-Stipendium unterstützt werden, so ist das eine wertvolle Leistung, die für ihre individuelle Weiterentwicklung ein wichtiger Baustein sein kann.“**

**Inhalte des START-Stipendiums**

**Robert Hasse, Geschäftsführer der START-Stiftung gGmbH**, erläutert die Förderungsstruktur: „Seit seiner Geburtsstunde vor zehn Jahren in Hessen sind es zwei Säulen, die START ausmachen: die finanzielle und die ideelle Förderung.“ Neben einer monatlichen Zahlung von 100 € für bildungsrelevante Anschaffungen und Aktivitäten beinhaltet das Stipendium einen Laptop mit Drucker und Internetanschluss. Im Zentrum der ideellen Förderung stehen Seminare aus den Bereichen Persönlichkeitsentwicklung, Rhetorik, Demokratie, Medien- und interkulturelle Kompetenz. Zusätzlich können die Stipendiaten Veranstaltungen mit künstlerischem, sozial- und naturwissenschaftlichem sowie wirtschaftlichem und sportlichem Schwerpunkt besuchen. „Die Rückmeldungen der Stipendiaten zeigen, dass wir mit diesem Ansatz richtig liegen und Bildungsungerechtigkeiten durchaus ausgleichen können“, so Hasse.

Regional werden vielfältige Bildungsaktivitäten mit kulturellem und berufsorientiertem Bezug angeboten; Wochenendveranstaltungen und Arbeitsgemeinschaften ergänzen das Programm. Individuelle Beratungen zur schulischen, beruflichen und persönlichen Entwicklung können die Jugendlichen ebenfalls wahrnehmen.

„Mit diesen Hilfestellungen möchten wir die Stipendiaten über das finanzielle Maß und über die Schullaufbahn hinaus unterstützen und zu ihrer erfolgreichen gesellschaftlichen Teilhabe beitragen. Seit 2005 können wir uns in Hamburg davon überzeugen, dass START hier den richtigen Akzent setzt. Die jungen Leute wachsen vor allem auch im Austausch mit den Mit-Stipendiaten an sich selbst und gewinnen Zutrauen in ihre Potenziale. So erfüllt uns jedes Zusammentreffen mit „unseren“ Stipendiatinnen und Stipendiaten mit Freude und bestätigt und bestärkt uns in unserem Tun“, betont **Dr. Hedwig-Else Dürr, Vorstand der Dürr-Stiftung**, für die Hamburger Partner.

## **Bewerbungsverfahren**

Vom 1. Februar 2012 bis 1. März 2012 können Interessenten online auf [www.start-stiftung.de](http://www.start-stiftung.de) eine Kurzbewerbung einreichen. Hierfür ist zunächst eine Registrierung notwendig, nach der dann eine Weiterleitung zum Bewerbungsformular erfolgt. Hat die Kurzbewerbung überzeugt, erhält der Kandidat die Aufforderung, das Onlineprofil bis zum 20. April 2012 zu ergänzen. Die endgültige Auswahl der neuen Stipendiaten erfolgt anschließend nach persönlichen Bewerbungsgesprächen, die vor den Sommerferien stattfinden.

## **Hintergrund**

Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung hat das START-Schülerstipendienprogramm im Jahre 2002 mit rund 20 Stipendien in Hessen begonnen. Heute unterstützen über 100 Kooperationspartner das



Programm – Stiftungen, Kultusministerien, Kommunen, Privatpersonen, Unternehmen und Vereine. Seit 2007 führt die START-Stiftung gemeinnützige GmbH als Tochtergesellschaft der Hertie-Stiftung das Programm durch. Im Schuljahr 2012/2013 werden insgesamt rund 710 Schülerinnen und Schüler aus rund 90 Herkunftsländern gefördert. Zusammen mit den Ehemaligen profitier(t)en rund 1.400 Schüler von dem Programm. START ist in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen vertreten.

**Im Jahr 2011 wurden 8 Schülerinnen und Schüler aus 8 verschiedenen Hamburger Stadtteilschulen und Gymnasien mit START-Stipendien ausgezeichnet.**

**Für Rückfragen der Medien:**

<b>START-Stiftung gGmbH</b> Silke Güttler Tel: (069) 66 12 48 52 E-Mail: <a href="mailto:S.Guettler@icpahl.de">S.Guettler@icpahl.de</a> Internet: <a href="http://www.start-stiftung.de">www.start-stiftung.de</a>	<b>Behörde für Schule und Berufsbildung</b> Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: <a href="mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de">peter.albrecht@bsb.hamburg.de</a> , Internet: <a href="http://www.hamburg.de/bsb">www.hamburg.de/bsb</a>
--	--

9. Februar 2012/bsb09b

## **Neue regelmäßige Kompetenzmessungen an Schulen: Hohe Leistungsniveaus bei Schülerinnen und Schülern sicherstellen - Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung (IfBQ) gegründet**

Schulsenator Ties Rabe hat entschieden, die regelmäßigen Lernstandserhebungen an Schulen auszuweiten und zu systematisieren. Bisher getrennt arbeitende Einrichtungen zur Messung und Förderung von Bildungsqualität werden ab dem 1. März 2012 zusammengelegt zum neuen „Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung (IfBQ)“, um diesen Prozess zu organisieren.

**Senator Rabe erklärte dazu: „Ziel ist es, künftig regelmäßig Lernstandserhebungen durchzuführen, um sicherzustellen, dass Schülerinnen und Schüler ein bestimmtes Leistungsniveau erreicht haben und den Schulen, aber auch der Schulbehörde, Hinweise zu geben was gut läuft und wo bei der schulischen Bildung der Kinder noch Verbesserungen nötig sind. Konsequenz ist: Die bisherigen Lernstandserhebungen werden ausgeweitet und verbessert, so dass zukünftig landesweite Kompetenzmessungen in den Klassenstufen 2,3,5,7,8 und 9 durchgeführt werden.“**

Diese werden unter Bezug auf die Hamburger Bildungspläne und die nationalen Bildungsstandards die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in den Fächern Deutsch, Mathematik, 1. Fremdsprache und Naturwissenschaften feststellen. Die so gewonnenen Daten werden unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Datenschutzes Schulen, Lehrkräften und der Schulbehörde wichtige Hinweise geben, wo nachgesteuert werden muss. In der Sekundarstufe 1 werden dafür auch Betrachtungen der Lernentwicklung möglich werden.

**Senator Rabe: „Ich möchte sicherstellen, dass alle Hamburger Schülerinnen und Schüler in den Kernfächern ein hohes Leistungsniveau erreichen und kein Schüler durchs Raster fällt.“**

Im Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung (IfBQ) wird dafür ein entsprechendes Konzept erarbeitet. Um den Prozess Qualitätssicherung zu unterstützen, werden im neuen Institut IfBQ die bislang eigenständigen Einrichtungen „Institut für Bildungsmonitoring“ (IfBM, inkl. Schulinspektion), ZUSE (Zentrum zur Unterstützung der wissenschaftlichen Begleitung und Erforschung schulischer Entwicklungsprozesse), die Abteilung Qualitätsentwicklung und

Standardsicherung des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LIQ) und Teile der Statistikabteilung der Schulbehörde unter Leitung von Norbert Maritzen (bislang Direktor des IfBM) zusammengefasst.

**„Qualität an Schule wird immer wichtiger. Hier braucht man eine klar strukturierte und gut aufgestellte Organisation anstelle der bisherigen Zersplitterung“, begründet Senator Rabe diese zukunftsweisende Entscheidung.**

**Für Rückfragen der Medien:**

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: [peter.albrecht@bsb.hamburg.de](mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bsb](http://www.hamburg.de/bsb)

9. Januar 2012/bsb09c

## **Anmelderunde: Neue Stadtteilschulen gut gestartet Anteile von Gymnasien und Stadtteilschulen stabil**

Schulsenator Ties Rabe hat heute die Ergebnisse der vorläufigen Erhebung der Anmeldezahlen für das Schuljahr 2012/13 bekannt gegeben:

„Die Neugründungen von Stadtteilschulen sind schon im ersten Anlauf ordentlich angewählt worden. Das macht uns Mut. Insgesamt bestätigen die Anmeldezahlen den Trend des vergangenen Jahres in allen Bereichen. Die Anmeldungen für die Vorschulklassen bleiben stabil auf hohem Niveau. Gleiches gilt für die staatlichen Grundschulen, die wieder stark angewählt wurden. Die Anteile von Stadtteilschulen und Gymnasien bei den Anmeldungen für die 5. Klassen sind stabil bei 46 und 53 Prozent. Erfahrungsgemäß kehrt sich dieses Verhältnis in Klasse 7 zugunsten der Stadtteilschulen um.

Sorgen bereitet mir der Anstieg der Anzahl von Kindern mit Sprachförderbedarf im Alter von viereinhalb Jahren. Jedes 8. Kind hat mittlerweile erheblichen Sprachförderbedarf und kann ohne zusätzliche verbindliche Förderung den Übergang in die Grundschule nicht schaffen.“

### **Anmeldezahlen zum Schuljahr 2012/13 im Detail:**

Viereinhalbjährigen-Vorstellungen: 1.794 (= 12,1%) mit erheblichem Sprachförderbedarf (Vorjahr: 1.459 = 10,1%)

Anmeldungen für Vorschulklassen: 7.869 (Vorjahr: 7.902)

Grundschulen Anmeldungen 1. Klasse: 12.619 (Vorjahr 12.882) Hinweis: Nicht alle zukünftigen Erstklässler wurden bereits angemeldet.

Sonderschulen Anmeldungen 1. Klassen: 231 (Vorjahr: 308)

### Anmeldungen 5. Klassen

Stadtteilschulen: 5.806 = 46,0% (Vorjahr 5925 / 46,0%)

Gymnasien: 6.684 = 53,0% (Vorjahr 6.855 / 53,2%)

5. Klassen Schulversuch 6-jährige Grundschulen: 127 = 1% (Vorjahr 112 / 0,9%)

Stadtteilschulen mit den höchsten Anmeldezahlen:

Stadtteilschule Harburg: 275 (Vorjahr: 204)

Heinrich-Hertz-Schule, Winterhude: 243 (Vorjahr: 218)

Stadtteilschule Bergedorf: 226 (Vorjahr: 208)

Größte Steigerungen bei Anmeldezahlen Stadtteilschulen:

Stadtteilschule Kirchwerder: +28 (jetzt 137)

Stadtteilschule Fischbek-Falkenberg: + 27 (jetzt 171)

Julius-Leber-Stadtteilschule, Schnelsen: + 28 (jetzt 200)

Neu gegründete Stadtteilschulen:

Stadtteilschule Meiendorf: 52

Stadtteilschule Slomanstieg: 22 (Hinweis: 31 Schüler/-innen haben sich noch nicht angemeldet;  
Anmeldungen 7. Klasse = 30)

Neue Stadtteilschul-Dependancen:

Standort Rissen (Stadtteilschule Blankenese): 40

Standort Maretstraße (Stadtteilschule Harburg): 52

Standort Humboldtstraße (Heinrich-Hertz-Schule): 40

Im Vorjahr neu gegründete Stadtteilschulen:

Stadtteilschule Bramfelder Dorfplatz/Hegholt: 73

Stadtteilschule Denksteinweg/Holstenhof: 131

Stadtteilschule Querkamp/Steinadlerweg: 94

(Hinweis: Die Vorjahreszahlen nicht nicht vergleichbar, da die Standorte jeweils anders zusammengesetzt waren)

Gymnasien mit den höchsten Anmeldezahlen:

Matthias-Claudius-Gymnasium, Wandsbek: 173 (Vorjahr: 178)

Gymnasium Meiendorf: 169 (Vorjahr: 125)

Gymnasium Grootmoor, Bramfeld: 168 (Vorjahr: 147)

Neue gegründetes Gymnasium:

Gymnasium Hoheluft: 32

Größte Steigerungen bei Anmeldezahlen Gymnasien:

Johannes Brahms Gymnasium, Bramfeld: + 52 (jetzt 158)

Gymnasium Meiendorf: + 44 (jetzt 169)

Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Eimsbüttel + 44 (jetzt 163)

Hinweis: Die genannten Zahlen sind Anmeldezahlen nach Erstwunsch. Bei überangewählten Schulen erfolgt in den nächsten Wochen die Umverteilung nach Zweit- und Drittwunschschulen sowie, wenn diese Schulen ebenfalls ihre Kapazitätsgrenze erreicht haben, die Zuweisung an eine andere Schule.

Datenbasis: Vorläufige Abfrage der Schulbehörde zum Stichtag 6.2.2012, d.h. die Anmeldezeiträume der Schulen waren z.T. noch nicht beendet.

**Für Rückfragen der Medien:**

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: [peter.albrecht@bsb.hamburg.de](mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/bsb](http://www.hamburg.de/bsb)

7. Februar 2011/bsu07

## **Elbphilharmonie: Konstruktion des Saaldaches ist standsicher Bauaufsichtsbehörde und beauftragter Prüferingenieur weisen Bedenken zurück**

Die gebaute, vorhandene Saaldachkonstruktion der Elbphilharmonie einschließlich der vorgesehenen Belastungen und Auflagerungen ist standsicher. Zu diesem Ergebnis kommen die Bauaufsicht der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und der von ihr beauftragte Prüferingenieur. Die Konstruktion entspricht den Technischen Baubestimmungen. Der Nachweis einer mangelhaften Standsicherheit wurde nicht erbracht.

Geprüft wurden die von Hochtief Solutions Ende September 2011 vorgetragenen Bedenken zur Standsicherheit des Saaldaches der Elbphilharmonie. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt hatte als zuständige Bauaufsichtsbehörde zu prüfen, ob die bisherigen Baugenehmigungen ordnungsgemäß zustande gekommen sind oder ob sich Anhaltspunkte für eine Revision der genehmigten Pläne ergeben. Letzteres ist nach dem jetzt vorliegenden Ergebnis nicht der Fall. Die von den Gutachtern der Hochtief Solutions behauptete Überlastung ist nicht nachvollziehbar.

Der Vorgang ist damit im bauaufsichtlichen Verfahren abgeschlossen. Aus Sicht der Bauaufsichtsbehörde bestehen keine Hindernisse für eine Fortführung der Baumaßnahmen.

**Kontakt:** Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Frank Krippner, T: (040)428.40-2051;  
Frank.Krippner@bsu.hamburg.de

## **ReGe begrüßt Entscheidung der BSU**

**Leutner: „Hochtief muss die Bauarbeiten am Saaldach nun wiederaufnehmen“**

**Hamburg, 07.02.2012.** Die heutige Entscheidung der Bauaufsichtsbehörde zu den von Hochtief vorgetragenen Bedenken an der Statik des Saaldaches klärt einen langwierigen Konflikt zwischen der Elbphilharmonie Bau KG und der Baufirma Hochtief. Hochtief hatte die von dem Generalplaner Herzog & de Meuron erstellten Planungen zum Tragwerk des Großen Saales zunächst als Grundlage der eigenen, von Hochtief erstellten Ausführungsplanung genommen. Im Laufe der Bauausführung hat Hochtief dann Zweifel an der Statik des Saaldaches angemeldet.

Aus Sicht der Elbphilharmonie Bau KG waren diese Bedenken immer unbegründet. Trotz der Freigabe der Planungen durch den unabhängigen Prüfstatiker hat Hochtief seine Bedenken jedoch aufrechterhalten und im September 2011 eine erneute Überprüfung der Entscheidung des unabhängigen Prüfstatikers durch die zuständige Bauaufsichtsbehörde gefordert. Die BSU als zuständige Bauaufsichtsbehörde hat nach Prüfung nunmehr entschieden, dass die von Hochtief vorgetragenen Zweifel unbegründet sind.

Dazu Heribert Leutner, Geschäftsführer der städtischen Realisierungsgesellschaft ReGe Hamburg: „Wir sind sehr erfreut über diese Entscheidung. Sie bestätigt die fachlichen Einschätzungen unserer Planer und der von uns aus Sicherheitsgründen eingeschalteten Gutachter. Wir haben die Bedenken von Hochtief nie auf die leichte Schulter genommen, haben sie aber auch nie bestätigen können. Wir gehen davon aus, dass Hochtief nunmehr seine Verweigerungshaltung aufgibt und zügig die Arbeiten am Saaldach wieder aufnimmt. Alle rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen zum Bauen lagen immer und liegen aktuell vor, alle Pläne sind freigegeben. Nach dieser abschließenden Entscheidung kann es auch nur im Interesse von Hochtief sein, den entstandenen Schaden zu minimieren und die Verzögerungen durch zügiges Bauen soweit möglich zu reduzieren.“



08. Februar 2012/bsu08

## **Offizielle Eröffnung der Umwelthauptstadt 2012 in Spanien Städteausaustausch im Umweltbereich geht weiter**

**Holger Lange, Staatsrat für Umwelt, hat in der baskischen Hauptstadt Vitoria-Gasteiz an der feierlichen Eröffnungszeremonie für die Umwelthauptstadt 2012 teilgenommen. Unter den 300 hochrangigen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung waren auch Königin Sofia de Grecia und die Vertreter des European Green Capital Panels, dem Zusammenschluss der europäischen Umwelthauptstädte 2010 bis 2013, Stockholm, Hamburg, Vitoria-Gasteiz und Nantes.**

Die baskische Stadt Vitoria-Gasteiz ist nach Stockholm und Hamburg die dritte Stadt, die den Titel Umwelthauptstadt Europas trägt. Die offizielle Eröffnungszeremonie fand im Palacio de Montehermoso statt. Vonseiten der EU-Kommission war Karl Falkenberg EU-Generaldirektor Umwelt vertreten. Königin Sofía de Grecia nahm als Vorsitzende des Ehrenkomitee für die Umwelthauptstadt 2012 an der Eröffnungszeremonie bei.

Beim einem Empfang mit Vitoria-Gasteiz' Bürgermeister Javier Maroto Aranzabal, betonte Falkenberg die Bedeutung des Titels Green Capital für den Städteausaustausch im Umweltbereich: „Stockholm und Hamburg waren engagierte Titelträger, deren Ideen und innovative Projekte Vorbild sein können für viele Städte in Europa. Gleichermaßen können die großen Metropolen auch viel von den Städten mittlerer Größe, wie Vitoria-Gasteiz, lernen.“

Staatsrat Holger Lange: „Mittlerweile gehören vier Städte zu der Familie der Umwelthauptstädte. Wir freuen uns auf einen regen Austausch.“

**Kontakt:** Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Frank Krippner, T: (040) 428 40 - 2051, Frank.Krippner@bsu.hamburg.de.

9. Februar 2012/bsu09

## „Sturmflutschutz in Hamburg – gestern – heute – morgen“

### Neue Broschüre herausgegeben

Am 16. Februar 2012 jährt sich die Hamburger Flutkatastrophe von 1962 zum 50. Mal. Wie in einem Albtraum brach in der Nacht vom 16. auf den 17. Februar 1962 die Sturmflut über die Stadt herein und kostete 315 Menschen das Leben. Rund 8.000 Menschen wurden in Sicherheit gebracht und mindestens 2.000 davon aus unmittelbarer Lebensgefahr gerettet.

Folge der Sturmflutkatastrophe war die Auflage eines Bauprogrammes, in dem die neu zu errichtenden Deiche dem modernen Deichbau angepasst wurden. Seitdem sind die Schutzanlagen in Hamburg mehrmals erhöht und optimiert worden, um die Bürger zu schützen. Mehr als 600 Mio. € wurden seit 1990 in den Ausbau und die Erhöhung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen investiert.

Ausgehend von den Ereignissen im Februar 1962 hat der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt den Bericht „Sturmflutschutz in Hamburg gestern - heute – morgen“ herausgegeben.

**Senatorin Jutta Blankau:** „Der Schutz vor Hochwasser und Sturmfluten ist eine der herausragenden generationsübergreifenden Daueraufgaben Hamburgs. Gerade die furchtbare Sturmflut von 1962 mahnt uns, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Deswegen wird der Schutz der Hamburgerinnen und Hamburger auch in Zeiten des Sparsens von uns sicher und langfristig gewährleistet.“

Die neue Broschüre verdeutlicht die Entwicklung des Sturmflutschutzes seit der ersten Besiedlung der Elbmarsch, historische Sturmflutereignisse und die Zusammenhänge zwischen Wettergeschehen über der Nordsee und den hieraus entstehenden Gefahren für die Stadt, die seit jeher bestehen.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf den heutigen Maßnahmen zum Schutz der Stadt und seiner Bürger vor Sturmfluten. Hierbei werden neben den technischen Lösungen und aktuellen Baumaßnahmen auch die organisatorischen Maßnahmen sowie die wissenschaftlichen Grundlagen der Bemessung vorgestellt. Ein Ausblick auf die Herausforderungen der Zukunft durch den Klimawandel und wie Hamburg diesen Herausforderungen begegnen wird, runden den Bericht ab.

Der Bericht „Sturmflutschutz in Hamburg gestern – heute- morgen“ im Internet: [www.lsbg.hamburg.de](http://www.lsbg.hamburg.de)

#### Kontakt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Frank Krippner,  
T: (040)428 40 -2051; [Frank.Krippner@bsu.hamburg.de](mailto:Frank.Krippner@bsu.hamburg.de)

07.02.2012/fb07a

## Warnung vor betrügerischen E-Mails

Die Finanzbehörde warnt vor gefälschten E-Mails, die derzeit unter dem Namen der Steuerverwaltung verschickt werden. Diese geben vor, in einer angehängten Datei den Steuerbescheid zu enthalten, was jedoch nicht der Fall ist.

**Solche E-Mails können an zwei Merkmalen erkannt werden:**

1. Der Empfänger wird aufgefordert, eine im Anhang befindliche Datei zu öffnen, bei der es sich angeblich um einen Steuerbescheid handelt.
2. Der Absender kann die unterschiedlichsten Bezeichnungen haben, endet aber in den bekannt gewordenen Fällen nicht auf „...@elster.de“. Das ist die richtige Absenderadresse bei Nachrichten aus dem Verfahren ELSTER.

Die Finanzbehörde weist darauf hin, dass sie ausschließlich Benachrichtigungen über die Abrufmöglichkeit von Steuerbescheiden versendet, aber niemals die eigentlichen Daten in Form eines E-Mail-Anhangs.

Unabhängig hiervon sollten E-Mail-Empfänger ohnehin niemals Anhänge öffnen, von denen Sie nicht sicher sind, dass sie aus einer vertrauenswürdigen Quelle stammen.

Die tatsächliche Gefährdung durch die Anhänge der jetzt aufgetauchten E-Mails wird zurzeit noch untersucht, sollte von den Empfängern zur eigenen Sicherheit aber bis auf weiteres als hoch eingestuft werden. Die Finanzbehörde empfiehlt daher, solche falschen E-Mails nicht zu öffnen und direkt zu löschen.

**Beispielhaft finden Sie hier den Text einer betrügerischen E-Mail (ohne Anhang):**

Von: [peter@live.com](mailto:peter@live.com) [<mailto:peter@live.com>]

Gesendet: Montag, 6. Februar 2012 13:50

An: Mustermann, Max

Betreff: 2011-12 ELSTER Finanzamt 2011-2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Sie wurde von Ihrem Finanzamt bzw. Ihrer Steuerverwaltung über das Verfahren ELSTER eine verschlüsselte Datei (Einkommensteuerbescheid) zur Abholung bereitgestellt.

=====Ihre Datei finden Sie als PDF-Datei im Anhang dieser E-Mail. =====

Sollten Sie die Daten nicht abholen, so werden diese nach 6 Monaten automatisch gelöscht.

Dies ist eine automatisch generierte E-Mail - bitte antworten Sie nicht an diese Mailadresse.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Finanzamt / Ihre Steuerverwaltung

[www.elster.de](http://www.elster.de)

HINWEIS:

Sie erhalten diese E-Mail, weil Sie bei der Datenübermittlung z.B. Ihrer Steuererklärung die Mailbenachrichtigung auf diese E-Mailadresse gewünscht haben.

Bei Steuerbescheiden ist allein die Papieraufbereitung rechtlich relevant.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker

Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: [daniel.stricker@fb.hamburg.de](mailto:daniel.stricker@fb.hamburg.de)

## Terminkalender

Vom 13. Februar bis 19. Februar 2012

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

### Montag, den 13.02.2012

- 10:00** Gelehrtenschule des Johanneums, Marie-Louisen-Straße 114  
Senator Ties Rabe **zeichnet die Prädikatsschulen „Klimaschule 2012-2013“** aus und spricht ein Grußwort.
- 11:15** UKE, Martinistraße 52, Erika-Haus  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Verleihung des Dr. Martini-Preises 2012** ein Grußwort.
- 17:30** Rathaus, Phoenixsaal  
Senator Michael Neumann nimmt an der **Konstituierung des Örtlichen Ausschusses für Sport und Sicherheit** teil.
- 18:00** Patriotische Gesellschaft, Kirchhof Saal, Trostbrücke  
Senatorin Jana Schiedek nimmt an der **Podiumsdiskussion des INFO-POINT Europa Hamburg und der Handelskammer Hamburg zum Thema „Kommt die Frauenquote aus Europa?“** teil.
- 19:00** Berenberg Bank, Neuer Jungfernstieg 20  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich der **Verleihung des Berenberg Kulturpreises** und der **Vergabe von Stipendien an junge Künstler aus Hamburg**.

### Dienstag, den 14.02.2012

- 09:30** HAW, Berliner Tor  
Staatsrätin Elke Badde spricht ein Grußwort bei der **Fachtagung „Gesund aufwachsen“**.
- 17:00** Grundbuchhalle des Ziviljustizgebäudes, Sievekingplatz 1  
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt an der **Podiumsdiskussion „Bürger in Angst – Justiz in Not“** teil, welche der Hamburgische Richterverein zum Thema „Sicherungsverwahrte“ veranstaltet.
- 17:00** Rathaus, Phoenixsaal  
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt im Rahmen des deutsch-chinesischen Jugendaustausches des Vereins **„Bürger Europas e.V.“ eine Gruppe von 16 Jugendlichen aus Shanghai**.
- 18:00** Handelskammer, Adolphsplatz 1  
Senator Dr. Peter Tschentscher besucht das **Holsten Kellerparlament**.
- 19:00** Elbdeck, Kehrwieder 9A  
Staatsrat Dr. Bernd Egert spricht anlässlich der **Übergabe des GGW Innovationspreises 2012** ein Grußwort.

**19:00** Übersee-Club, Neuer Jungfernstieg 19  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler hält einen **Vortrag zum Thema: „Die Stadt im 21. Jahrhundert – Durch Kultur auf dem Weg zu einer Metropole.“**.

**Mittwoch, den 15.02.2012**

**10:00** Berlin, Botschaft von Tansania, Eschenallee 11  
Staatsrat Wolfgang Schmidt trifft den **Botschafter der Vereinigten Republik Tansania, Ahmada Rweyemamu Ngemera**, zum Gespräch.

**10:30** U-Bahnhof Barmbek  
Senator Frank Horch spricht anlässlich der Feier zum **100-jährigen Jubiläum der Hamburger Hochbahn**.

**11:00** Landesvertretung Hamburg, Berlin  
Senator Detlef Scheele würdigt gemeinsam mit Kanzlerin Angela Merkel das **zehnjährige Bestehen der in Hamburg gegründeten Wellcome GmbH**.

**12:00** ELBECAMPUS der Handwerkskammer Hamburg, Zum Handwerkszentrum 1  
Senatorin Jana Schiedek besucht die **Aktion „Mädchenwirtschaft – eine Berufes-Rallye“**.

**13:00** Rathaus, Bürgermeistersaal  
Bürgermeister Olaf Scholz verleiht die **Medaillen für Treue Arbeit im Dienste des Volkes in Bronze** und spricht ein Grußwort.

**14:00** Behörde für Schule und Berufsbildung, Hamburger Straße 31  
Senator Ties Rabe übergibt feierlich die **Bewilligungsbescheide an die neuen gebundenen Ganztags-Grundschulen**.

**15:30** Patriotische Gesellschaft, Trostbrücke 4 - 6, Hamburg  
Bürgermeister Olaf Scholz diskutiert anlässlich einer **Veranstaltung im Rahmen der „Social Media Week“** mit Cem Basman und Peter Wippermann zu den Themen Wertewandel und Einfluss von Social Media Monitoring auf die Politik.

**18:00** Elysee Hotel, Rothenbaumchaussee  
Senatorin Jana Schiedek spricht ein Grußwort anlässlich des **Norddeutschen Insolvenzrechtstags 2012**.

**18:00** Hotel Atlantic Kempinski Hamburg, An der Alster 72  
Senator Michael Neumann, Staatsrat Wolfgang Schmidt und Staatsrat Jan Pörksen nehmen am **Abschiedsempfang der Generalkonsulin der Volksrepublik China, Chen Hongmei**, teil.

**19:00** Bucerius Law School, Jungiusstraße 6, Hamburg  
Bürgermeister Olaf Scholz hält eine Rede zum Thema **„Die Weiterentwicklung der Stadt – für ein modernes Hamburg“**.

**Donnerstag, den 16.02.2012**

**09:30** Fortbildungszentrum Reinfeld  
Senatorin Jana Schiedek spricht anlässlich der **Fortbildungstagung der Hamburgischen Sozialgerichtsbarkeit** ein Grußwort.

**11:00** Rathaus, Festsaal  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Senatsempfangs zum 50. Jahrestag der Sturmflut 1962** ein Grußwort.

Senatorin Jutta Blankau, Senator Michael Neumann, Staatsrat Volker Schiek und Staatsrat Michael Sachs nehmen teil.

- 11:30** Harburger Binnenhafen, Veritaskai 4  
Senator Frank Horch spricht ein Grußwort anlässlich der **Büroeinweihung der „Süderelbe AG“**.
- 12:00** Rathaus, Phönixsaal  
Senatorin Jana Schiedek empfängt die **Justizministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Maria Kuder, und den Justizminister des Landes Schleswig-Holstein, Emil Schmalfuß, zur Unterzeichnung des Staatsvertrages über die Errichtung eines gemeinsamen Staatsschutzsenates**.
- 12:30** Hannover Messegelände, „didacta 2012“  
Senator Ties Rabe nimmt an der Podiumsdiskussion **„Endstation Zweigliedrigkeit? Wie der demografische Wandel den Schulfrieden erzwingt“** teil.
- 14:00** Emporio, Dammtorwall 15  
Senatorin Jutta Blankau nimmt an der Podiumsdiskussion des **BFW Nord Landesverbandstages** teil.
- 15:30** Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Berliner Tor 21  
Senator Detlef Scheele nimmt an der Podiumsdiskussion der Arbeitsgemeinschaft soziales Hamburg zum Thema **„Arbeiten in Hamburg – Wie kann Spaltung verhindert werden?“** teil.
- 18:00** Wilhelmsburger Deichdenkmal, Kirchdorfer Straße / Am Deichdenkmal  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Gedenkfeier in Wilhelmsburg zum 50. Jahrestag der Sturmflut** ein Grußwort.

**Freitag, den 17.02.2012**

- 09:30** Kampnagel, Jarrestraße 20  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein Grußwort beim **Kongress „WORK IN PROGRESS“**.
- 11:00** Heinrich-Hertz-Schule, Grasweg 72-76  
Senator Ties Rabe eröffnet den **Ganztagskongress „Hamburger Ganzttag“** und spricht ein Grußwort.
- 11:00** Hamburg Messe und Congress GmbH, Halle A, Eingang Mitte, Messeplatz 1  
Senator Michael Neumann hält anlässlich der **Eröffnung der Hanse Golf 2012** eine Rede.
- 12:00** HafenCity  
Senator Frank Horch eröffnet die **„Wasserstoffstation“** in der HafenCity.
- 12:00** Chemisches Institut der Universität Hamburg, Martin-Luther-King-Platz 6  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt hält anlässlich der **Preisverleihung und Siegerehrung von „Jugend forscht“** eine Rede.
- 12:15** TÜV-Akademie Nord, Große Bahnstr. 31  
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht ein Grußwort anlässlich des Empfangs zur **Eröffnung des Honorarkonsulats der Republik Litauen, an dem der Botschafter der Republik Litauen, Mindaugas Butkus, und der Honorarkonsul der Republik Litauen, Kurt Bodewig, teilnehmen**.

- 14:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer  
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt begrüßt den **Botschafter von Litauen, Mindaugas Butkus**, der sich anlässlich der Neueröffnung des Honorarkonsulats in Hamburg aufhält.
- 16:00** Warburg-Haus, Heilwigstraße 116  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht auf der **Veranstaltung „Vergangenheit als Herausforderung“**, **Horst von Bassewitz zu Ehren**, ein Grußwort.
- 18:30** Museum für Kunst und Gewerbe, Steintorplatz 1, Hamburg  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Neueinrichtung der Sammlung der Moderne im Museum für Kunst und Gewerbe** ein Grußwort.
- 19:00** English Church St. Thomas á Becket, Zeughausmarkt 1  
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort anlässlich **des 400-jährigen Jubiläums der English Church St. Thomas á Becket**.
- 19:00** Museum für Kunst und Gewerbe, Steintorplatz 1  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt an der **Eröffnung der Neupräsentation der Sammlung Moderne** in Anwesenheit von BGM I teil.

#### **Samstag, den 18.02.2012**

- 10:00** Hotel Lindtner, Heimfelder Straße 123  
Senator Michael Neumann nimmt an der **Mitgliederversammlung des Fahrlehrerverbandes Hamburg** teil.
- 19:00** Berlinale Palast, Marlene-Dietrich-Platz, Berlin  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt an der **Bärenverleihung der 62. Internationalen Filmfestspiele Berlin** teil.
- 21:00** Hotel Atlantic Kempinski  
Senatorin Jana Schiedek hält als Schirmherrin die **Eröffnungsrede beim 56. Hamburger Juristenball**.
- Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt teil.

#### **Sonntag, den 19.02.2012**

- 11:00** Schopenstehl 31, Hamburg  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Einweihung des Stiftungshauses der BürgerStiftung Hamburg** ein Grußwort.
- 15:00** Ev. Emmaus-Kirche, Mannesallee 20  
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort auf dem ökumenischen **Gottesdienst anlässlich des Gedenkens der Sturmflut von vor 50 Jahren**.